

Kriegsvorbereitung unter Umgehung von Verfassung und Parlament

Petition von Politikern der Linken fordert Offenlegung von Geheimpapier

Die Bundestagsabgeordneten der Partei „Die Linke“ Fabio De Masi, Judith Benda und Andrej Hunko haben eine Petition gestartet, worin die Bundesregierung aufgefordert wird, ein bislang geheimgehaltenes Rüstungsabkommen mit Frankreich zu veröffentlichen.

Im Kern geht es darum, unter dem Mantel einer gemeinsamen europäischen Politik nationale Schranken in der Rüstungswirtschaft und die Aussprache darüber in den nationalen Parlamenten zu umgehen, was eine der grundlegenden Ideen ist, warum die Europäische Union überhaupt gestrickt wurde.

Einen solchen Vertrag über die gemeinsame Aufrüstung unterzeichneten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Französische Präsident Emmanuel Macron am 22. Januar in Aachen, weshalb das Papier als „Aachener Vertrag“ in den politischen Sprachgebrauch eingegangen ist. Sein offizieller Titel lautet: „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“. Im Artikel 4 Absatz 3 heißt es darin: „Beide Staaten verpflichten sich, die Zusammenarbeit zwischen ihren Streitkräften mit Blick auf ... gemeinsame Einsätze weiter zu verstärken. Sie ... beabsichtigen, die Wettbewerbsfähigkeit und Konsolidierung der ... verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis zu fördern. Sie unterstützen die engstmögliche Zusammenarbeit zwischen ihren Verteidigungsindustrien ... Beide Staaten werden bei gemeinsamen Projekten einen gemeinsamen Ansatz für Rüstungsexporte entwickeln.“

Gerade letzteres ist passiert. „Am 14. Januar“, heißt es im oben genannten Petitionsaufruf der Bundestagsabgeordneten, „vereinbarte die Bundesregierung jedoch eine Geheimabsprache zum Aachener Vertrag mit der französischen Regierung. Davon erfuhren weder der Bundestag noch das französische Parlament ... Man sicherte sich gegenseitig zu, sich bei Rüstungsexporten nicht zu behindern. Bei Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission über ‚ethische Grundsätze‘ im Rüstungsbereich weigerte sich die französische Regierung kürzlich sogar, Waffen, die durch das geltende

Völkerrecht verboten sind (Phosphorbomben, Uran-Munition etc.), aufzulisten und damit von der Rüstungsfinanzierung (und dem späteren Export?) auszuschließen! Mehr Europa heißt für die GroKo offenbar mehr militärisch-industrieller Komplex, mehr Profite mit dem Tod, mehr Fluchtursachen!“

In der Online Version des Politmagazins „Der Spiegel“ wird spekuliert, daß es in dem Geheimpapier um den geplanten Kampfpanzer oder das neue Kampfflugzeug, die französische und deutsche Konzerne gemeinsam entwickeln wollen, gehe. Das zweiseitige Dokument trage den Titel: „Deutsch-französische Industriekooperation im Verteidigungsbereich - gemeinsames Verständnis und Prinzipien über Verkäufe“.

Den Linkepolitikern fiel dabei auf: „Es ist deswegen auch kein Zufall, dass der Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, kürzlich seine Rede im Kapuzenpullover der EU hielt.“ Das wäre ein Mißbrauch der europäischen Idee, meinen sie. Das ist aber kein Mißbrauch, sondern der Hauptgrund, warum dieses undemokratische Instrument imperialer Politik so forciert wird, was aber niemanden davon abhalten sollte, diese Petition zu unterzeichnen: <https://weact.campact.de/petitions/geheimpapier-stoppt-den-deutsch-franzosischen-rustungsdeal>.